Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern d. s Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 1054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Borr[illegible]
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 245 | Montag, den 3. September | Jahrgang 1928

Die Sozialdemokratie in Aufruhr!

Die Erwartungen der sozialdemokratischen Parteileitung, daß nach ihrem beschwichtigenden Beschluß die Gemüter sich beruhigten, haben sich nicht erfüllt. Zahlreich sind die täglich stattfindenden Kundgebungen sozialdemokratischer Parteiorganisationen, die mit einer Schärfe ohnegleichen gegen die Haltung der sozialdemokratischen Minister im Kabinett Stellung nehmen. So hat die Kreismitgliederversammlung der Sozialdemokratie in Berlin-Wilmersdorf einen Beschluß gefaßt, in welchem sie das Votum von Parteiausschuß und Reichstagsfraktion vom 18. August, in dem lediglich das Bedauern über die Handlung der Minister zum Ausdruck kommt, als durchaus unzureichend erachtet. Die Partei habe vielmehr Veranlassung, ihre unveränderte ablehnende Haltung zum Panzerkreuzerbau in unzweideutiger Weise zu bekunden. Es wird deshalb dringend die beschleunigte Einberufung des Reichstags gefordert, um eine Entscheidung des neugewählten Parlaments über den Bau des Panzerkreuzers herbeizuführen. Ferner werden die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder und die Reichstagsfraktion aufgefordert, die weiteren Raten für das Panzerschiff abzulehnen und ausreichende Mittel für soziale und kulturelle Zwecke bereitzustellen.

Darüber noch hinausgehend ist ein Zusatzantrag Rosenfeld gegen eine starke Minderheit angenommen worden folgenden Wortlauts:

„Sollte der Reichstag nicht einberufen werden, so werden die Minister aufgefordert, die Rückgängigmachung des Kabinettsbeschlusses vom 10. Aug. 1928 zu beantragen und im Falle der Ablehnung des Antrages zurücktreten."

Auch im Rheinland gährt es heftig. So wird im „Sozialdemokratischen Pressedienst" aus Köln geschrieben:

„Im Unterbezirk Aachen der Sozialdemokratischen Partei nahmen in den letzten Tagen zahlreiche Mitgliederversammlungen zur Panzerkreuzerfrage Stellung. Die Versammlungen waren außerordentlich stark besucht. In der Aussprache wurde an dem Verhalten der sozialdemokratischen Minister heftige Kritik geübt. Alle Versammlungen nahmen eine Entschließung an, in der gegen die Haltung der Minister Protest erhoben, deren sofortiger Rücktritt und Ersetzung durch andere Sozialdemokraten verlangt wird. Der Mehrheit der Reichstagsfraktion wurde die schärfste Mißbilligung ausgesprochen. Außerdem wird die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages erwartet. In einem Ortsverein wurde die Entschließung dahin verschärft, daß die vier sozialdemokratischen Minister in den nächsten fünf Jahren öffentliche Aemter nicht mehr bekleiden sollen."

Es wirkt geradezu komisch, wenn nach dieser anschaulichen Schilderung über das innere Durcheinander der sozialdemokratischen Partei in einem Nachsatz gesagt wird, daß die Einigkeit der Partei nicht erschüttert werden dürfe und alles getan werden müsse, um die Folgen von der Partei, „die gerade jetzt eine seltene Geschlossenheit und Einigkeit aufweise", abzuwenden. Eine schöne „Geschlossenheit", wenn alles drunter und drüber geht!

Die Forderungen nach der Herbeiführung der „Einheit" beherrscht ja gerade in letzter Zeit vordringlich die sozialdemokratische führende Presse. So hat der „Vorwärts" vor kurzem die Partei aufgefordert, mit absoluter Klarheit ihre Stellungnahme zum Wehrproblem überhaupt zu formulieren. Und nun hat, wie kurz gemeldet, der Reichstagspräsident Paul Loebe selber in der sozialdemokratischen Presse das Wort ergriffen, um die Notwendigkeit darzutun, daß die sozialdemokratische Fraktion eine klare Entscheidung über den Weiterbau des Panzers herbeiführen müsse. Loebe untersucht die Mehrheitsverhältnisse und kommt zu dem Schluß, daß zwar eine Mehrheit für den Kreuzer vorhanden sei, doch sei diese so klein, daß die Sozialdemokratie das Recht habe, zu erforschen, ob der neue Reichstag den Bau tatsächlich weiter betreiben wolle. Die Sozialdemokratie müsse vor aller Welt und vor ihren eigenen Anhängern durch eine klare Abstimmung bekunden, daß sie ihre Auffassung über die Rüstungen nicht geändert habe. Freilich müsse sie sich mit der Möglichkeit abfinden, daß die Mehrheit auf die andere Seite falle, und daß dies bestimmte Konsequenzen haben könne. Dann aber sei zu bedenken, daß die Sozialdemokratie zwar in der Panzerkreuzerfrage absolute Klarheit herbeiführen und ihren Standpunkt fest und unverrückbar vertreten müsse, daß dieser Kreuzer aber nicht die einzige Frage sei, die man zu entscheiden habe. Interessant ist dabei, mit welchen Beweismitteln der Reichstagspräsident Loebe der kommunistischen Entrüstung über den Panzerkreuzer zu Leibe geht. Er hält den Kommunisten vor, daß sie ja auf die Etablierung ihrer Herrschaft nach dem nächsten Krieg rechnen. Demgemäß fänden die deutschen Kommunisten ein Verbot des Kriegsschiffbaues für Deutschland angebracht, nicht für Rußland. Nach dem Vertrag von Versailles dürfen wir im Dienst halten: 6 Linienschiffe, 6 Kreuzer, 24 Torpedoboote und Zerstörer, 0 Unterseeboote. Die Sowjet-Union dagegen besitzt schon jetzt: 4 Linienschiffe, 9 Kreuzer, 47 Torpedoboote und Zerstörer, 20 Unterseeboote. Loebe bemerkt dazu, daß danach die Sowjetrüstung größer ist und finanziell schwerer als die deutsche, zu Wasser wie zu Lande,

„und wenn die Herren unseren Ministern den Vorwurf machen wollen, sie haben anders gehandelt als die Partei, weil sie sich an den früheren Reichstagsbeschluß gebunden hielten, so können ihnen unsere Parteifreunde getrost antworten, daß ihre Minister in Rußland schon seit 10 Jahren anders handeln als die deutsche kommunistische Partei es hier verlangt. Auf diesem Gebiete wie auf allen anderen beruht ihre Entrüstung auf einer großen Unehrlichkeit."

Auch Loebe führt seine Gedanken bis zur letzten parlamentarischen Konsequenz durch und scheut auch nicht vor der Bejahung einer Kabinettskrise zurück, falls die sozialdemokratische Auffassung keine Mehrheit im Reichstag finden sollte. Daß aber eine Kabinettskrise, aus solchem Anlaß hervorgerufen, sehr ernste innerpolitische Verwicklungen zeitigen könnte, darüber gibt man sich in politischen Kreisen keiner Täuschung hin.

Schweres Flugzeugunglück in Frankreich.

Handelsminister Bokanowsky und die anderen Insassen getötet.

◆ **Paris, 2. Sept. Das Verkehrsflugzeug, das den Handelsminister Bokanowski, der zugleich Leiter der Handelsluftschiffahrt ist, heute vormittag vom Flugplatz Le Bourget zu einer Flugveranstaltung des Luftfahrtklubs der Auvergne nach Clermont-Ferrand führen sollte, ist um 9,15 Uhr, zwei Minuten nachdem es den Flugplatz verlassen hatte, in 500 Meter Höhe über der Croix de Neige in Brand geraten und abgestürzt. Sämtliche Insassen haben den Tod gefunden, und zwar außer Handelsminister Bokanowski der Direktor der internationalen Luftfahrtgesellschaft Lesanc, der Pilot Hanin, der Mechaniker Bidal und der Funktelegraphist Willins. Flugzeuge von der Bauart des verunglückten Flugzeuges fliegen seit Jahren regelmäßig auf der Strecke Paris—Konstantinopel. Gleich nach dem Bekanntwerden der Nachricht haben der Präsident der Republik, Doumergue, der Außenminister Briand, der Marineminister Leygues und andere Mitglieder der Regierung Beileidstelegramme an den Bruder des Verstorbenen gerichtet. Der Innenminister Sarraut erhielt die Aufgabe, sich nach Compiègne zu Frau Bokanowski zu begeben, um sie dort von dem Tode ihres Mannes zu unterrichten.**

★

Wie sich das Unglück ereignete.

Paris, 3. Sept. Es werden jetzt noch weitere Einzelheiten bekannt. Der Minister hat gestern an dem Kabinettsrat bei Poincaré in Sampigny teilgenommen, war nach Paris zurückgekehrt und hatte in Le Bourget ein Flugzeug bestiegen. Es handelt sich dabei um dasselbe Flugzeug, das am gestrigen Sonnabend zu Ehren Poincarés über dessen Wohnhaus in Sampigny Blumen abgeworfen hatte. Beim Start konnte das Flugzeug nur schwer vom Boden abkommen, und als es ungefähr 500 Meter zurückgelegt hatte, schlugen plötzlich die Flammen aus der Maschine, worauf sie sofort zu Boden stürzte. Aus dem brennenden Flugzeug konnte man nur noch die verkohlten Leichen der Insassen herausziehen.

Einem anderen Berichte entnehmen wir noch folgendes: Das Flugzeug legte nach dem Aufstieg etwa 2 Kilometer zurück und befand sich in einer Höhe von etwa 200 Metern, als der Motor Oelzündungen hatte. Es stürzte plötzlich senkrecht ab, und als es den Boden berührte, geriet es sofort in Brand. Es handelte sich um einen Spad-Doppeldecker mit 420 P. S. Nach Ansicht von Fachleuten soll die Tourenzahl des Motors plötzlich nachgelassen haben und der Führer soll zu einer Notlandung gezwungen worden sein. Ein Augenzeuge schildert den Vorfall folgendermaßen: Ich befand mich an der Grenze des Platzes, als das Flugzeug in etwa 150 Meter Höhe vorbei flog. Plötzlich machte der Apparat eine Rechtskurve, man hatte den Eindruck, als ob er landen wollte. Er stürzte jedoch steil ab und geriet etwa 100 Meter von der Straße, die den Flugplatz begrenzt, in Brand. Als kurz nachher Soldaten des dort stationierten Fliegerregiments herbeieilten, konnten sie nur noch einige Ueberreste des Flugzeuges feststellen. Sämtliche Insassen waren bereits verkohlt. Die Leiche des Handelsministers konnte an der Platinarmbanduhr einigen Monaten aus Anlaß des Fluges von Costes und Le Brix beschuldigt worden, er habe diesen Fliegern bei ihrem Dauerfluge nicht die nötige amtliche Unterstützung zuteil werden lassen, und er mußte deshalb viele Angriffe über sich ergehen lassen. Namentlich in Fliegerkreisen sollte er auf gewisse Widerstände gestoßen sein. Wohl aus diesem Grunde erklärte er, wie Havas berichtet, scherzhafter Weise kurz vor dem heutigen Aufstieg zu einem anwesenden General: „Die Journalisten behaupten, daß ich niemals ein Flugzeug besteige, und daß sie, wenn ich mich einem Apparat nähere, sehr besorgt sind, sich gegen alle Gefahren zu sichern. Sie sehen, daß eine Luftreise mich keineswegs schreckt." Frau Bokanowski befindet sich in Compiègne in der Sommerfrische. Die Mitteilung von dem Unfall wurde ihr durch den Minister des Inneren, Sarraut, überbracht. Der Präsident der Republik und Außenminister Briand haben Frau Bokanowski sofort ihr Beileid ausgedrückt. Bokanowski hinterläßt drei Söhne. Kriegsminister Painlevé hat sich an die Unfallstelle begeben und ist heute nachmittag in Toul eingetroffen. Der Flugzeugführer Hanin besaß sein Führerzeugnis seit 1916 und hatte insgesamt 6000 Flugstunden zurückgelegt.

★

Maurice Bokanowsky.

Maurice Bokanowski wurde am 31. August 1879 in Le Havre geboren. Er war von Haus aus Advokat am Pariser Appellhof und wurde am 10. Mai 1914 im Alter von 35 Jahren erstmals im Seine-Wahlkreis in die Kammer gewählt, nachdem er vorher schon sich dort vergebens um ein Mandat beworben hatte. Er gehörte der republikanisch-demokratischen Linken an. Bei Kriegsausbruch trat Bokanowski als Freiwilliger in das Heer ein, wurde im Laufe des Krieges Offizier und machte den ganzen Feldzug in Frankreich und an der Saloniki-Front mit. In der Kammer hatte er sich nach dem Kriege rasch den Ruf eines hervorragenden Finanzlenners gemacht. In der Finanzkommission war er Generalberichterstatter für das Budget. Als solcher gilt er für streng sachlich. Von der Aufbereitung schöner Ziffern hielt er sich fern. Keine Schwäche entging seinem kritischen Scharfblick. Man rühmt ihm nach, daß er die Gabe scharfer Kontrolle wie kein zweiter besitze und für kein Amt geeigneter sei, als für das eines Präsidenten eines Rechnungshofes. Da er jedoch kein gerade glänzender Redner war, hatte er anfangs kein wichtigeres Amt inne. Er wurde dann aber Präsident der Zollkommission und beeinflußte in dieser Stellung wesentlich die französische Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit. Auf seinen Anregungen beruhen verschiedene große wirtschafts- und finanzpolitische Gesetze Frankreichs. Nachdem er in dem kurzlebigen umgebildeten Kabinett Poincaré im März und Mai Marineminister gewesen war, übernahm ihn Poincaré 1926 in sein neues Kabinett als Handelsminister.

Das letzte Zeichen von Amundsen.

Der aufgefischte Schwimmer.

:: **Tromsö**, 1. Sept. Das Fischerfahrzeug „Brodd", das von der äußeren Vogelinsel (Fugloe) zurückkehrt, hat den Schwimmer einer Flugmaschine aufgefischt, der aller Wahrscheinlichkeit nach ein Bestandteil des von Amundsen benutzten Flugzeugs „Latham" war. — Die Offiziere des Hilfsschiffes „Michael Sars" und des französischen Oeldampfers „Durand" sowohl wie verschiedene Photographen erklären, daß der aufgefundene Flugzeugschwimmer tatsächlich ein Bestandteil der „Latham" gewesen sei. Der Schwimmer hat blaugraue Farbe, ist zwei Meter 42 lang, 58 Zentimeter hoch und 56 Zentimeter breit. Der Schwimmer besitzt vier kleine wasserdichte Abteilungen. Er weist eine wahrscheinlich vor dem Abflug aus Norwegen mit Kupferblech ausgeführte Reparatur auf. Es sieht auch so aus, als ob die Mannschaft versucht hätte, den Schwimmer am Flügel besser zu befestigen und als ob dies nach dem Abflug aus Tromsoe gemacht worden sei.

Der Oberbefehlshaber der Bergener Marinestation, der seiner Zeit das Flugzeug „Latham" bei seiner Ankunft in Bergen in Empfang nahm, erklärte, es sei richtig, daß einer der Schwimmer während des Aufenthalts in Bergen mit Metallplatten repariert wurde, und daß dieser Schwimmer blaugrau gewesen sei.

★

Die Nachforschungen werden eingestellt.

Stockholm, 2. Sept. Es kann jetzt, nach dem Fund des Wrackstückes, mit Sicherheit angenommen werden, daß Amundsen und seine norwegischen und französischen Begleiter mit dem Flugzeug „Latham" tatsächlich auf dem Meere zwischen Norwegen und der Bäreninsel umgekommen sind. Der französische Konsul in Tromsö Thiis erklärte nach eingehender Untersuchung, daß das aufgefischte Wrackstück tatsächlich von der „Latham" herrühren müsse. Thiis war seinerzeit selbst in Tromsö an Bord des Flugzeuges gewesen. Es wurden auch eingehende Vergleiche angestellt mit den unmittelbar vor dem Abflug gemachten photographischen Aufnahmen von der „Latham"-Maschine. Die Uebereinstimmung zwischen dem Wrackstück und den Photographien schließt jeden Zweifel aus. Der norwegische kommandierende Admiral Berglund teilt auch bereits mit, daß die Nachforschungen nach Amundsen und der „Latham" nunmehr eingestellt werden. Schon früher war beschlossen worden, daß sie nach dem 15. September nicht mehr fortgesetzt werden sollten.

★

Die Tragödie der „Latham".

Oslo, 1. Sept. Ein Vertreter des Norsk Telegrambyro hatte eine Unterredung mit dem Polarforscher Kapitän Otto Sverdrup, in der Sverdrup, nachdem er über die neuesten Einzelheiten zu dem Wrackstückfund und insbesondere über die Erklärung des Kommandeurs der Marinestation in Bergen informiert worden war, erklärte, daß er diese Tatsachen für den endgültigen Beweis des Untergangs der „Latham" halte. Er habe keine Hoffnung mehr, daß irgend jemand, der an Bord des Flugzeuges war, noch lebe. Seiner Ansicht nach müsse die Katastrophe bereits eingetreten sein, ehe das Flugzeug die Bäreninsel erreicht habe. In der Nähe der Bäreninsel hätten damals viele Fischerboote gelegen, und sie hätten mit größter Wahrscheinlichkeit die „Latham" gesichtet oder irgendwelche Spuren von ihr gefunden. Es spreche nichts dagegen, daß ein Schwimmer des Flugzeugs bei der Insel Fugloe antreiben könne. Der Schwimmer sei ein sehr leichter Gegenstand, und deshalb spiele für die Triftrichtung der Wind eine wichtigere Rolle als die Meeresströmung. Es sei durchaus möglich, daß ein Wrackstück der „Latham" in diese Richtung getrieben worden sei, da in der fraglichen Zeit nördliche Winde vorgeherrscht hätten. — Der norwegische Gelehrte Hoel pflichtet der Ansicht Sverdrups bei, daß der Schwimmer des Flugzeugs „Latham" sehr leicht bis zur Küste von Fugloe treiben konnte, falls die „Latham" auf ihrem Flug nach Norden in das Meer abgestürzt sei. Der Gelehrte fügte jedoch hinzu, es bestehe auch die zweite Möglichkeit, daß das Unglück passierte, während die „Latham" den Versuch unternahm, nach Norwegen zurückzukehren. — Der Direktor der Marine-Flugzeugwerke in Horten erklärte: Wenn einer der Schwimmer abbrach, während die „Latham" sich auf dem Meere befand, dann konnte sich das Flugzeug nur noch wenige Minuten über Wasser halten. Von allen Leuten, die von den Berichterstattern der Zeitungen befragt wurden, sagte nur ein einziger, nämlich Leutnant Amundsen, ein Neffe des Forschers, daß er die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben habe.

★

Die Wirkung der Nachricht in Norwegen.

Oslo, 1. Sept. Die Berichte aus Tromsö werden durch Extra-Ausgaben der Blätter und durch Rundfunk bekanntgegeben und allgemein mit größtem Bedauern aufgenommen. Die meisten Leute hatten allerdings längst die Hoffnung aufgegeben, Amundsen wiederzusehen. Aber es gab auch viele, die sich hartnäckig an den Gedanken klammerten, Amundsen sei in seinem Leben schon so häufig auf wunderbare Weise dem Tode entronnen, daß sie die Hoffnung nicht aufgeben könnten. Die Abendblätter haben noch keine Zeit gefunden, sich ausführlich zu den Berichten aus Tromsö zu äußern. „Dagbladet" schreibt, es habe den Anschein, als sei das Flugzeug ins Meer gestürzt und als seien alle, die sich an Bord der „Latham befanden, umgekommen. Wenn diese Annahme zutreffe, dann habe Norwegen einen der berühmtesten Männer seiner Geschichte, Roald Amundsen, und den tapferen Flieger, Kapitän Dietrichsen, verloren. Ihr Untergang werde jedoch dem Namen ihres Vaterlandes zum Ruhme gereichen. Es falle schwer, die letzte schwache Hoffnung auf irgendeine wunderbare Errettung aufzugeben, aber offenbar sei nun der Augenblick nahe, in welchem man sich mit dem Tod der mutigen und selbstlosen Norweger und ihrer tapferen französischen Kameraden abfinden müsse. „Aftenposten" gibt der Meinung Ausdruck, daß das Rätsel um die „Latham" nun endlich gelöst sei und offenbar alle an Bord ihr Leben verloren hätten.

Westarp gegen Hugenberg.

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Graf Westarp, gegen dessen mangelnde Führung im Fall Lambach lebhafte Vorwürfe erhoben worden sind, setzt sich in den „Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei" mit diesen Angriffen auseinander.

Er begründet die Zurückhaltung, die die Führung der Partei gegenüber der Behandlung des Falles Lambach durch die Parteiinstanzen geübt hätte, mit dem Hinweis auf die Verpflichtung, das selbst gegebene Parteirecht unbedingt zu achten. In diesem Sinne habe die Parteivertretung in ihrer Tagung vom 8. und 9. Juli die Forderung des Parteivorsitzenden sich zu eigen gemacht, daß alle Parteiangehörigen die Entscheidung der Instanzen im Falle Lambach anzuerkennen hätten. Für die jetzt vorliegende Entscheidung fordert Graf Westarp daher bindende Kraft. Weiterer Streit um die formale, sachliche und politische Berechtigung, so fährt Graf Westarp dann fort, birgt die Gefahr in sich, daß wir den Eindruck erwecken, an fuba lternem und persönlichem Streit unser Genüge zu finden, und daß wir tatsächlich Kraft und Zeit verschwenden, die wir dringenderen Aufgaben widmen sollten.

Diese an die Adresse Hugenbergs und seiner Anhänger gerichtete Mahnung erregt begreiflicherweise das höchste Mißfallen der „Deutschen Zeitung", die ja im Auftrag ihrer Hintermänner bereits mehrfach mit

weitern Schritten gedroht hat, die in ihrem Endergebnis nur auf eine Sprengung der Partei hinauslaufen können. Kein Wunder, daß die „Deutsche Zeitung" die Erklärung des Grafen Westarp, er werde in Zukunft die Zügel der Partei straffer halten, mit gemischten Gefühlen aufnimmt.

„Als der Fall Lambach sich noch in der Entwicklung befand, wäre es," so führt das Blatt aus, „die Pflicht der Führung gewesen, ihren Willen entschieden zu äußern und dadurch die Entwicklung der Partei in klare Bahnen zu lenken. In Wirklichkeit habe die Führung jedoch alles getan, um den Fall Lambach zu entpolitisieren und damit eines eigenen Eingreifens enthoben zu sein. Heute wirke das Bekenntnis Westarps zur straffen Zügelführung zum mindesten unklar. Im übrigen scheine man sich der Tragweite der verfahrenen Lambach-Angelegenheit auch heute noch nicht ganz bewußt zu sein, sonst wäre es, so schließt die „Deutsche Zeitung", nicht möglich, daß der Führer der Deutschnationalen den Fall Lambach als „subalternen und persönlichen Streit" abtue."

* * *

Hannover, 31. Aug. Eine Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Volkspartei Hannovers hat in einer recht stürmischen Sitzung zum Fall Lambach Stellung genommen. Die beiden Redner, Hauptmann a. D. Brosius, Hauptschriftleiter der „Niederdeutschen Zeitung", und der Landesverbandsvorsitzende Oberst a. D. v. Feldmann sprachen ihre gegnerische Meinung über die Entscheidung des Parteigerichts ziemlich unverhüllt aus. Der Landesverband Hannover-Süd sei auch heute noch einstimmig für den Ausschluß Lambachs. Der Spruch bedeute eine schwere Gefährdung der Partei, weil die Oeffentlichkeit annehmen müsse, daß die Partei zwischen Programm und Anerkennung in der Praxis einen weitherzigen Unterschied mache. Von Lambach sei zu erwarten, daß er die Konsequenzen ziehe und sein Mandat niederlege. Diejenigen Parteikreise, die glaubten, den Kampf als ein Ringen zwischen den Richtungen Lambach und Hugenberg auffassen zu sollen, seien vor solcher Auffassung dringend zu warnen. Die Stimmung der Versammlung bei diesen Ausführungen blieb unklar. Die Leitung hatte nicht den Mut, eine Resolution einzubringen. Ein Vertreter des Hugenbergschen Wahlkreises fand mit einer Lobrede auf Hugenberg schärfsten Widerspruch. Jedenfalls ist mit dem Spruch des Parteigerichts die Gefährdung in den Reihen der Deutschnationalen Volkspartei keineswegs abgeschlossen.

Der Generalagent über das vierte Zahlungsjahr.

Berlin, 1. Sept. Der Generalagent für die Entschädigungszahlungen teilt mit, daß in dem mit dem 31. August dieses Jahres abschließenden vierten Jahr des Sachverständigenplanes Deutschland alle Zahlungen in vollem Umfang und pünktlich zum Fälligkeitstermin gemacht hat, sowie daß im Verlauf des Jahres Transfers in einem Betrage vorgenommen worden sind, der den Jahreseingängen im wesentlichen gleichkommt. Die von deutscher Seite innerhalb des vierten Annuitätsjahres tatsächlich eingegangenen Zahlungen beliefen sich auf 1746 Millionen Goldmark mit Einschluß zweier Zahlungen zur Vollendung der dritten Annuität, die erst im September 1927 eingingen und sich auf 75 Millionen beliefen. Die vierte Annuität selbst beläuft sich auf 1750 Millionen Goldmark, und die beiden Zahlungen, die zu ihrer Vollendung nötig sind, insgesamt rund 79 Millionen Goldmark, werden im September 1928 fällig. Die erste dieser beiden Zahlungen, die die letzte Jahresrate für den Zinsendienst der deutschen Eisenbahnobligation darstellt, ist bereits am 1. September 1928 geleistet worden. Sie beläuft sich auf 55 Millionen Goldmark. Es bleibt noch die letzte Rate des Jahresbeitrages aus der Beförderungssteuer zu erlegen, die nicht vor dem 21. September 1928 fällig wird. Die Gesamtsumme der während des vierten Annuitätsjahres vorgenommenen Transfers beläuft sich in runden Zahlen auf 1739 Millionen Goldmark. Die Transfers in fremder Währung beliefen sich insgesamt auf rund 943 Millionen oder 54,23 v. H. der gesamten Transfers, während die in Gestalt von Reichsmarkzahlungen in Deutschland vorgenommenen Transfers sich auf 796 Millionen oder 45,77 v. H. der Gesamttransfers beliefen. Bei Geschäftsabschluß am 31. August 1928 belief sich der Gesamtkassenbestand auf Rechnung des Entschädigungsagenten auf 189,5 Millionen Goldmark, während die verfügbaren Kassenbestände zu Beginn des Jahres 185,5 Millionen betragen haben. Weitere Einzelheiten wird der übliche Monatsbericht über die Eingänge und Zahlungen enthalten.

Der Optantenstreit.

● **Genf**, 1. Sept. In seiner nichtöffentlichen Sitzung behandelte der Völkerbundsrat die Frage, ob der neue ungarische Antrag in Bezug auf die Behandlung des ungarisch-rumänischen Optantenstreites sofort auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Lord Cushendun schlug vor, den ungarischen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, den Streitfall selbst aber vorerst nicht im Rat zu verhandeln, der sich erst im Falle eines Scheiterns weiterer direkter Verhandlungen in einigen Wochen damit zu befassen hätte. Staatssekretär von Schubert und das italienische Ratsmitglied Scialoja stimmten dem Antrage zu, während Paul-Boncour sich gegen die sofortige Aufnahme des ungarischen Antrages auf die Tagesordnung aussprach und damit sich der Auffassung des rumänischen Ratsmitgliedes Antoniade anschloß. Nach mehrstündiger Sitzung wurde beschlossen, den Antrag der ungarischen Regierung auf die Tagesordnung der nächsten Session zu setzen, die nach den Ratswahlen in der zweiten Septemberhälfte beginnt.

*

Das heiße Eisen der Monroe-Doktrin.

+ **Genf**, 1. Sept. Die Antwort an Costarica ist heute nachmittag fertiggestellt und nach der in einer weiteren Geheimsitzung des Völkerbundsrates erfolgten Genehmigung telegraphisch nach San José, der Hauptstadt Costaricas, abgesandt worden. Die Antwort umfaßt drei Schreibmaschinenseiten und erklärt eingangs, daß der Völkerbundsrat die Ausführungen der Regierung von Costarica über Artikel 21 des Paktes mit größter Aufmerksamkeit geprüft habe. Nach teilweiser Zitierung der Artikel 20 und 21 des Paktes, die miteinander verbunden seien, heißt es dann in Bezug auf die Tragweite der Verpflichtungen, auf die sich Artikel 21 bezieht: „Es ist klar, daß dieser Artikel nicht die Wirkung haben kann, zu den Ergebnissen der Untersuchung über die Aufstände in Samoa wurde der Gesamtbericht vom Rat genehmigt. Der letzte Punkt der Tagesordnung war der Bericht des Sonderausschusses zur Ausarbeitung einer Konvention über die Kontrolle der Rüstungsindustrien. Auf Vorschlag des rumänischen Ratsmitgliedes soll diese Frage, über die bekanntlich im Sonderausschuß weitgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen, der Völkerbundsversammlung überwiesen werden.

*

ihnen eine Sanktionierung oder Rechtskraft zu geben, die sie vorher nicht gehabt hätten. Artikel 21 beschränkt sich darauf, solche Verpflichtungen in Betracht zu ziehen, wie sie bestehen können, ohne sie definieren zu wollen, da ein Versuch zur Definierung praktisch dazu führen könnte, ihre Anwendung einzuschränken oder auszudehnen. Eine solche Aufgabe lag den Verfassern des Paktes nicht ob und betrifft nur die Staaten, die unter sich solche Verpflichtungen übernommen haben." Die Antwort erinnert an einen ähnlichen Schritt der Regierung von Salvador und an den Briefwechsel, der seinerzeit in diesem Zusammenhang zwischen Salvador und Washington geführt wurde, und in dessen Verfolg die Regierung von Salvador beschloß, dem Völkerbundspakt beizutreten. Schließlich lenkt der Rat die Aufmerksamkeit Costaricas darauf, daß der Völkerbundsrat ein Ganzes bildet, und daß die Artikel des Paktes für alle Völkerbundsmitglieder mit den gleichen Verpflichtungen die gleichen Rechte schaffen, um — wie es in der Präambel des Völkerbundspaktes heißt — die Zusammenarbeit zwischen den Nationen zu entwickeln und ihnen Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Alle Völkerbundsmitglieder hätten auf dieser Grundlage in einem Geist des gegenseitigen guten Willens und der Zusammenarbeit zu wirken, um so die Wirksamkeit der Völkerbundsaktionen progressiv zu heben. In diesem Geist habe sich der Völkerbundsrat vor einiger Zeit an Costarica gewandt, und er hege die Hoffnung, daß Costarica diese Erwägungen mit der gleichen Sympathie und Aufmerksamkeit prüfen werde, die es der ersten Mitteilung des Völkerbundsrates vom März dieses Jahres entgegengebracht habe.

*

Die bulgarische Stabilisierungsanleihe.

× **Genf**, 1. Sept. Dem Finanzkomitee des Völkerbundes wurde heute bei seinen Beratungen über die bulgarische Stabilisierungsanleihe ein Briefwechsel zwischen der bulgarischen Regierung und der Disconto-Gesellschaft vorgelegt, der eine Verabredung in dem Sinne enthält, daß die Disconto-Gesellschaft auf ihre erste Hypothek auf die bulgarischen Zölle verzichtet, während Bulgarien sich verpflichtet, nach der Ausgabe der Völkerbundsanleihe in Höhe von 5,5 Millionen Pfund Sterling über die jetzt noch strittigen Punkte mit der Disconto-Gesellschaft in Verhandlungen zu treten. Sollten diese Verhandlungen zu keiner Einigung führen, so unterwerfen sich beide Parteien schon jetzt dem Schiedsspruch eines gemischten Schiedsgerichts. Die Entscheidung des Finanzkomitees wird erst am nächsten Montag fallen.

Die Räumungsfrage.

Abreise des Reichskanzlers nach Genf.

— **Berlin**, 1. Sept. Der Reichskanzler fuhr heute abend in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Pünder, des Reichspressechefs Ministerialdirektors Dr. Zechlin und einiger Beamter der Reichskanzlei mit dem Zuge über Frankfurt—Basel nach Genf ab. Zum Abschied hatten sich die Gattin des Reichskanzlers, Reichsjustizminister Koch-Weser, Reichstagspräsident Löbe, der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Dr. Köpke, und Ministerialdirektor von Hagenow am Bahnsteig eingefunden.

*

Der Reichskanzler bei Dr. Stresemann.

:: **Baden-Baden**, 2. Sept. Wie beabsichtigt stattete der Reichskanzler auf seiner Fahrt nach Genf mit den ihn begleitenden Herren, Staatssekretär Pünder und Ministerialdirektor Zechlin, dem Reichsaußenminister einen Besuch ab. Nach zweistündigem Aufenthalt setzte der Reichskanzler, von dem Reichsaußenminister auf die Bahn geleitet, die Reise nach Genf fort.

*

Wir haben ein Recht zu fordern.

— **Berlin**, 1. Sept. Vor seiner Ausreise nach Genf hat der Herr Reichskanzler Herrn Tolischus, dem Berliner Vertreter des „International News Service", auf seine Frage, welches zur Zeit das wichtigste politische Problem für Deutschland sei, geantwortet: Das ganze deutsche Volk ist sich ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit im gegenwärtigen Zeitpunkt in nationaler Hinsicht in einem Wunsche einig. Es ist dies die Zurückziehung der auf deutschem Gebiet stehenden französischen, englischen und belgischen Besatzungsarmeen in Stärke von rund 67 000 Mann. Man versteht nicht mehr in Deutschland, weshalb diese Truppen auf deutschem Boden belassen werden, nachdem sowohl auf dem Gebiete der Reparationszahlungen als auch auf dem Gebiete der militärischen Abrüstung Beweis über Beweis erbracht worden ist, daß man deutscherseits gewillt ist, den den früheren Gegnern gegenüber übernommenen Verpflichtungen voll und ganz nachzukommen. Ich darf an die Annahme des Dawesplans, an die Londoner Abmachungen von 1924 erinnern. Das Reparationsproblem wurde seines politischen Charakters entkleidet, es ist zu einer Materie rein wirtschaftlicher und finanzieller Natur geworden, die als solche die Gewißheit zu natürlicher und organischer Entwicklung in sich trägt, wie die jetzt vierjährige reibungslose Durchführung des Dawesplans beweist. Kein Staat hat mehr für allgemeine Sicherheit getan als Deutschland. Es beweisen dies die Verträge von Locarno, die zahlreich abgeschlossenen Schiedsverträge, die Annahme der Fakultativklausel des Weltgerichtshofs, die aktive Mitarbeit im Genfer Sicherheitsausschuß und letzthin die sofortige und vorbehaltlose Bereitwilligkeit zur Annahme des Kelloggpaktes. Deutschland hat mehr als irgend ein anderes Land abgerüstet. Doch noch darüber hinaus sind wir bereit, mit unserer ganzen nationalen Kraft an der Verwirklichung weiterer Vorschläge zur Sicherung und Organisation des Weltfriedens mitzuarbeiten. Das in der Vergangenheit von uns Geleistete, das für die Zukunft von uns Gewollte gibt uns das Recht zu fordern, daß die Besatzungstruppen unser Land verlassen; ihr Verbleib würde von allen Kreisen in Deutschland als ungerechtfertigt und dem Geiste des Friedens zuwider empfunden.

*

Eine schweizerische Stimme.

!! **Zürich**, 1. Sept. In einer Betrachtung über das Rheinlandproblem nimmt die „Neue Zürcher Zeitung" in einem Berliner Brief Stellung zu dem deutsch-französischen Gegensatze in Bezug auf die Auslegung des Artikels 431 des Versailler Vertrages über die sofortige Zurückziehung der Besatzungstruppen, wenn Deutschland vor Ablauf der 15jährigen Besetzungszeit allen Verpflichtungen Genüge leistet. Im Gegensatz zu der französischen Auffassung wird in dem Artikel ausgeführt, daß die in dem Artikel 431 gebrauchte Wendung von der Genügeleistung aller Verpflichtungen vor Ablauf des 15. Jahres, sich nicht auf eine bereits vollzogene Ableistung der gesamten Reparationsschuld, sondern nur auf die genügende Sicherstellung ihrer allmählichen Ableistung beziehen kann, da innerhalb der für 15 Jahre vorgesehenen Okkupationszeit bis 1935 an eine Abdeckung der gesamten Reparationsschuld überhaupt nie zu denken ist.

*

Der französische Ministerrat.

:: **Paris**, 2. Sept. „Matin" berichtet, daß der gestrige Ministerrat in Sampigny drei Stunden dauerte. Er wurde dadurch eingeleitet, daß Poincaré und Briand über die Besprechungen Bericht erstatteten, die sie mit Kellogg und Dr. Stresemann hatten. Alsdann habe sich der Ministerrat mit der nächsten Völkerbundstagung beschäftigt, die infolge der Abwesenheit Chamberlains und Dr. Stresemanns etwas von ihrer Bedeutung verlieren werde. Die Befugnisse Briands seien in dem im Ministerrat vom 23. August festgelegten Sinne bestätigt worden. Es erscheine übrigens in Abwesenheit des englischen und des deutschen Außenministers nicht möglich, daß die Frage der Rheinlandräumung besprochen werde.

Beschlagnahmungen bei Stinnes.

Die Haftprüfungstermine.

Berlin, 1. Sept. Der Samstag wurde in der Stinnes-Untersuchung vollständig durch Vernehmungen Berliner und auswärtiger Zeugen ausgefüllt. Die Vernehmungen von Hugo Stinnes werden erst am Montag fortgesetzt werden. Die Verteidigung wird Anfang der Woche die Anberaumung eines Haftprüfungstermins beantragen, und es ist damit zu rechnen, daß über die Fortdauer der Untersuchungshaft oder die Freilassung in dieser Woche seitens der Behörden entschieden werden wird. Die Vertagung des Haftprüfungstermins für den Direktor Rothmann steht in Zusammenhang mit dem für Hugo Stinnes zu erwartenden Haftprüfungstermin. Die Verteidigung, auf deren Veranlassung die Vertagung zurückzuführen ist, hat den Wunsch, daß die beiden Haftprüfungstermine möglichst an dem gleichen Tage stattfinden, da wohl eine Haftentlassung Rothmanns in der Oeffentlichkeit irgendwelche Schlußfolgerungen auslösen würde, solange die Untersuchungshaft über Hugo Stinnes selbst noch bestehen bleibt.

Die Untersuchungen des Sonderdezernats werden mit großer Energie weitergeführt. So hat am Samstag eine Haussuchung in den Räumen der Hugo Stinnes G. m. b. H., Abteilung Kohle, in der Potsdamer Straße in Berlin stattgefunden, wo von der Kriminalpolizei Dokumente und ein umfangreicher Briefwechsel beschlagnahmt wurden, der sich auf die Verbindung von Hugo Stinnes mit den ausländischen Anleiheschieberzentralen beziehen soll. Auch in Hamburg erfolgten neue Haussuchungen und Beschlagnahmen. Dagegen hat entgegen einer Meldung des „Berliner Tageblattes" in Mülheim keine Haussuchung stattgefunden. Die Untersuchung gegen Hugo Stinnes hat auch zur Folge gehabt, daß der Untersuchungsrichter von einer Flut von anonymen Schreiben überschwemmt wird, in denen nicht nachprüfbare Beschuldigungen über zweifelhafte Geschäfte von Hugo Stinnes erhoben werden. Auf der anderen Seite melden sich aber auch bei der Verteidigung zahlreiche Personen, sogar aus dem Auslande, die sich bereit erklären, gegen Voreinsendung eines Reise- und Unkostenvorschusses Entlastungsmaterial für Hugo Stinnes zu liefern.

*

Die Angriffe gegen den Staatskommissar Dr. Hinzmann.

Berlin, 1. Sept. Stinnes soll gegen die Art seiner Vernehmung Einspruch eingelegt haben und sich dagegen verwahren, daß das Protokoll über seine Aussagen zum Teil von dem Reichskommissar Dr. Heinzmann diktiert worden sei, der der Vernehmung größtenteils beiwohnte. Stinnes verlangt, daß die Wiedergabe seiner Aeußerungen lediglich vom Untersuchungsrichter formuliert werde. Zu den Angriffen, die Stinnes gegen den Reichskommissar Dr. Heinzmann gerichtet hat, liegen zur Stunde noch keine amtlichen Verlautbarungen vor. Wie eine Korrespondenz meldet, hat Hugo Stinnes seine Verteidigung aufgebaut auf den Fall des französischen Abgeordneten Calmon. Calmon hatte, wie erinnerlich, ebenfalls einen Betrugsversuch dem Deutschen Reich gegenüber unternommen, indem er Neubesitz in Kriegsanleihe als Altbesitz angemeldet hatte. Dieses Vorgehen wurde entdeckt, und Calmon verzichtete dann auf seinen ganzen Kriegsanleihebesitz, da eine Aufrollung der Sache ihm sehr peinlich geworden wäre, zumal der Reichskommissar Dr. Heinzmann damals amtlich in Paris tätig war und direkte Fühlung mit den französischen Finanzbehörden unterhielt. Stinnes behauptet ferner, daß ein Vorgehen gegen Calmon nicht erfolgt sei, da das Reichsfinanzministerium und das Auswärtige Amt aus mancherlei Gründen dies nicht für opportum gehalten hätten. Stinnes hat bei seiner Vernehmung, wie schon gemeldet, ferner angegeben, daß Calmon ihm durch Mittelsmänner angeboten habe, das ganze Verfahren gegen Stinnes gegen Zahlung einer Entschädigung von 500 000 ℳ zur Einstellung zu bringen. Als Mittelsmann in dieser Angelegenheit wird ein gewisser Georg Levit genannt, der mehrfach in Berlin gewesen ist und der im übrigen in Paris und in Amsterdam eine reichlich dunkle Rolle gespielt hat. Levit soll u. a. mit einer Reihe fragwürdiger Existenzen in Holland versucht haben, selbst Kriegsanleihebetrug vorzunehmen, doch sei dieses Vorhaben an der Aufmerksamkeit deutscher Behörden gescheitert.

*

Eine sozialdemokratische Erklärung.

Δ **Berlin**, 1. Sept. Der Sozialdemokratische Pressedienst teilt mit: „Im Verlaufe seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter hat Hugo Stinnes jun. u. a. behauptet, daß in anderen Fällen Betrugsverfahren wegen Kriegsanleiheschiebungen niedergeschlagen worden seien. Er soll nach Pressemeldungen vor allem an eine angebliche Affäre des französischen Sozialisten Calmon erinnert haben. Was an dieser Behauptung ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Das Kommunistische Abendblatt in Berlin behauptet nun, daß Calmon trotz seiner „Millionenschiebungen" auf Grund einer Intervention führender deutscher Sozialdemokraten straffrei ausgegangen sei. Diese Behauptung ist von dem gleichen Blatt schon vor Monaten einmal aufgestellt und von uns damals bereits als das bezeichnet worden, was sie ist: ein dreister Schwindel. Das gilt auch heute noch: Die Nachricht des kommunistischen Blattes ist erstunken und erlogen."

Die Tagung des Völkerbundsrates.

Der Bericht der Mandatskommission.

)(**Genf**, 1. Sept. In der heutigen öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrates wurde der Tätigkeitsbericht des Ausschusses für internationale geistige Zusammenarbeit ohne Aussprache angenommen und der Generalsekretär beauftragt, den Vorentwurf einer Konvention zum Schutze des wissenschaftlichen Eigentums allen Mitgliedern und Nichtmitgliedern des Völkerbundes zur Kenntnis zu bringen. In einer erläuternden Begleitnote soll auf die Bedeutung dieser Konvention und darauf hingewiesen werden, daß jede Behinderung der Tätigkeit der wirtschaftlichen Kreise, die das wissenschaftliche Eigentum technisch und kommerziell verwerten, vermieden werden soll. Bei dem Bericht der Mandatskommission, der im weiteren Verlauf der Sitzung zur Beratung kam, besprach der holländische Außenminister Beelaerts van Blokland als Berichterstatter insbesondere die Stellungnahme des Ausschusses zu dem zwischen England und dem Emir von Transjordanien abgeschlossenen Vertrag, ferner die Bemerkungen über die Lage in Syrien und schließlich die Ergebnisse der Untersuchung über den Aufstand in Westsamoa. Nach der Auffassung der Mandatskommission würde der englische Vertrag mit dem Emir von Transjordanien eine Abänderung der Bestimmungen des vom Völkerbundsrat 1922 genehmigten Mandatsvertrages über Palästina darstellen, da die gesetzgeberischen und administrativen Vollmachten künftig nicht mehr von England als Mandatsmacht, sondern vom Emir von Transjordanien ausgeübt werden sollen. Wegen der Unvereinbarkeit dieser Bestimmungen sei also die Zustimmung des Rates zu diesem Vertrag notwendig. Lord Cushendun wandte sich in einer längeren Begründung gegen diese Auffassung. Auf Vorschlag des Berichterstatters wurde eine Entschließung angenommen, mit der der Rat ausdrücklich anerkennt, daß der Vertrag zwischen England und dem Emir von Transjordanien mit den Grundsätzen des Mandats übereinstimmt, die vollkommen in Kraft bleiben.

Nach kurzen Erklärungen Paul-Boncours über die imgange befindliche Schaffung der Verfassung für Syrien, wozu er für Frankreich als Mandatsmacht weitgehende Handlungsfreiheit verlangt, und der Zustimmung Lord Cushenduns zu den Ausführungen Paul-Boncours wurde die Sitzung geschlossen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Manöver der russischen Ostseeflotte.

:: **Leningrad**, 1. Sept. Die baltische Flotte ist zu den Herbstübungen ausgelaufen, die mit einem Angriff auf Kronstadt abgeschlossen werden sollen.

Zeitungsverleger Hearst unterstützt die republikanische Präsidentschaftskandidatur.

:: **Newyork**, 1. Sept. Nach einem Telegramm, das dem republikanischen Hauptquartier aus Paris von dem amerikanischen Zeitungsmagnaten Hearst zuging, verpflichtet sich Hearst, in seinen 27 Zeitungen die Sache der Republikaner zu unterstützen. Hearst sagt die Niederlage Smiths voraus infolge seiner Feindseligkeit gegenüber den gegenwärtigen Prohibitionsmethoden und infolge seiner Verbindung mit Tammany Hall.

Zusammenstoß bei einer Kundgebung der Gewerkschaftsjugend.

— **Hamburg**, 2. Sept. Bei der anläßlich des Hamburger Treffens der Deutschen Gewerkschaftsjugend am Samstag abend vor dem Gewerkschaftshaus veranstalteten Kundgebung ist es mehrfach zu Zusammenstößen und Schlägereien zwischen Tagungsteilnehmern und Sozialistischer Arbeiterjugend einerseits und Kommunisten andererseits gekommen. An verschiedenen Stellen mußte die Polizei eingreifen. Der schwerste Zusammenstoß ereignete sich, dem „Hamburger Echo" zufolge, vor dem Gewerkschaftshause selbst. Dort hatten nach dem Bericht des Blattes Kommunisten den Anmarschplatz der Gewerkschaftsjugend besetzt. Bei den Bemühungen, die Ruhestörer zu vertreiben, kam es zu einem Tumult, in dessen Verlauf von Messern und Gummiknüppeln Gebrauch gemacht wurde. Nach dem „Echo" wurden etwa 30 Personen, zumeist Angehörige des Reichsbanners durch Messerstiche oder Schläge mit harten Gegenständen verletzt. Erst gegen Mitternacht war die Ordnung wieder hergestellt.

Letzte Meldungen.

Notlandung des Fliegers Sönning.

:: **Düsseldorf**, 2. Sept. Der Flieger Sönning, der gestern abend in Düsseldorf zu einem Flug nach Konstantinopel gestartet war, um den Langstreckenflugrekord anzugleichen, geriet während der Nacht in dichten Nebel, der ihm die Orientierung unmöglich machte. Der Pilot irrte bis heute früh im Nebel herum, bis er schließlich gegen 9 Uhr bei Luzern eine Notlandung vornahm, wobei das Flugzeug einen Bruch erlitt. Der Pilot blieb glücklicherweise unverletzt.

Mißglückter Langstreckenflug.

Paris, 1. Sept. Die Flieger Arrachart und Rignot, die heute früh in Le Bourget zu einem neuen Rekord im Langstreckenflug aufgestiegen waren, mußten über Stuttgart wegen einer Panne am Benzinbehälter umkehren und in Straßburg landen. Sie kehren heute abend nach Paris zurück.

Sturm und Hochwasser in sibirischen Küstengebieten.

() **Moskau**, 1. Sept. Ein starker Orkan, der bereits in Korea große Verwüstungen angerichtet hat, bedroht das sibirische Küstengebiet. Der Fluß Seja hat die Vororte von Blagoweschtschensk überschwemmt. Die Verbindung mit der vom Hochwasser überfluteten Stadt Seja konnte noch nicht wieder hergestellt werden.